

Friedensresolution der Mehrheitssozialdemokraten vom 19. April 1917

Die Mehrheitssozialisten änderten im Frühjahr 1917 unter dem Eindruck der russischen Februarrevolution, der Friedenserklärungen der russischen Arbeiter- und Soldatenräte vom 27. März und 15. April 1917 und dem Druck der seit April in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zusammengefassten Linksozialisten ihren Kurs in der Friedenspolitik. Annexionen im Osten waren für die Mehrheitssozialisten nach dem Sturz des Zarenreichs nicht mehr denkbar, unterstützten sie doch die Ziele der russischen Arbeiterschaft. Hatten die Mehrheitssozialisten bisher den Kurs der Reichsleitung nach einem "Verständigungsfrieden" mitgetragen, vertraten sie nun eindeutig das Programm der Linken eines "Verzichtfriedens".

Aus diesen Gründen beschlossen der mehrheitssozialistische Parteiausschuss und Parteivorstand, die mehrheitssozialistischen Fraktionsvorstände im Reichstag und im preußischen Herrenhaus sowie die mehrheitssozialistische Landeskommission für Preußen in gemeinsamer Sitzung am 19. April 1917 einstimmig eine Friedensresolution. In dieser forderten sie ein "freies Staatswesen" für Deutschland, begrüßten mit "leidenschaftlicher Anteilnahme" den "Sieg der russischen Revolution" und schlossen sich "dem Kongreßbeschuß des russischen Arbeiter- und Soldatenrats [an], einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexion und Entschädigung". Sie forderten "die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik" und zur Aufnahme von "Friedensverhandlungen" auf. Den "Bestand des künftigen Weltfriedens" sollte ein Völkerbund "mit einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit" sichern.

Der von der SPD geforderte "Verständigungsfrieden" wurde häufig als "Scheidemann-Frieden" bezeichnet, da Philipp Scheidemann im Reichstag intensiv dafür warb. Als Gegensatz galt der "Siegfrieden" oder "Hindenburg-Frieden", der dem Deutschen Reich weitreichende Annexionen sichern sollte.

Quellen:

HUBER, Ernst Rudolf, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3: Deutsche Verfassungsdokumente 1900-1918, Stuttgart³1990, Nr. 121, S. 177.

Literatur:

HUBER, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5:
Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart u. a. 1978,
S. 256-257.

Empfohlene Zitierweise:

Friedensresolution der Mehrheitssozialdemokraten vom 19. April 1917, in:
'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)',
Schlagwort Nr. 6033, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/6033. Letzter
Zugriff am: 24.11.2024.